

# Die andere Republik – Notizen nach einer vorhersehbaren Niederlage

von Peter Reif-Spirek



➔ Peter Reif-Spirek ist Sozialwissenschaftler und parteiloser Sozialdemokrat in Erfurt.

Foto: privat

Die Bundestagswahlen markieren eine Zäsur in der politischen Entwicklung der Republik. Dafür stehen vor allem zwei Ergebnisse, die eng mit der Krise der politischen Repräsentation in diesem Land verbunden sind: Zum einen wird mit dem bundesweiten Erfolg der AfD die rechtspopulistische Lücke im Parteiensystem geschlossen. Damit wird jene historische Phase der bundesdeutschen Geschichte beendet, in der Parteien rechts der CDU, zumal mit offensichtlichen Übergangsbereichen zur extremen Rechten, politisch nicht erfolgreich auf Bundesebene agieren konnten. „Die Imprägnierungsschicht gegen Rechtsextreme durch die NS-Geschichtsaufarbeitung ist gerissen“<sup>1</sup>, so Stefan Reinecke. Das war schon bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt sichtbar, als die AfD trotz Volksgemeinschaftsgerede ihres Spitzenkandidaten zweistellig werden konnte. Zum anderen kann die CDU/CSU trotz ihres zweitschlechtesten Wahlergebnisses alle möglichen Regierungskonstellationen anführen – weil ihr früherer sozialdemokratischer Antipode beim weiteren Niedergang der Partei das schlechteste Wahlergebnis nach 1945 erhält. Das alte deutsche Parteiensystem, gruppiert um die zwei großen Antipoden CDU und SPD, ist in dieser Wahl endgültig zusammengebrochen.

Gleichwohl kann diese Zäsur und der erneute Wahlsieg der CDU/CSU bei der Bundestagswahl 2017 nicht wirklich überraschen. Er ist eingebettet in langfristige Tendenzen der Pluralisierung und

Regionalisierung des deutschen Parteiensystems. Zwar ist auch die Volkspartei CDU erodiert, aber doch in erheblich schwächerem Maße als die Sozialdemokratie. Zudem gilt: In dem pluralisierten Parteiensystem gewinnt nicht derjenige, der am stärksten ist, sondern derjenige, der seine eigene Stärke mit Bündnisfähigkeit zu verbinden weiß, also in der Lage ist, einen mehrheitsfähigen Block zu formieren.

## Der Wandel des deutschen Parteiensystems

Zieht man die vergangenen Landtagswahlen in die Betrachtungen ein, zeigt sich folgendes Gesamtbild, wobei ich Niedersachsen aufgrund der derzeit unklaren Regierungskonstellationen nicht einrechne<sup>2</sup>: In acht Bundesländern stellt die CDU/CSU die stärkste Fraktion im Landesparlament und kann diese zentrale Rolle nur in Thüringen nicht in Regierungsbeteiligung umsetzen. Sie führt in sieben Bundesländern die Regierung und ist in zwei weiteren Bundesländern kleinerer Koalitionspartner. Selbst in ihren schwächsten Bastionen Hamburg und Berlin, wo sie bereits unter der 20-Prozent-Marke liegt, verteidigt sie bei Landtagswahlen noch den zweiten Platz im Parteiensystem. In Niedersachsen könnte sie Juniorpartnerin der SPD in einer Großen Koalition werden; eine Jamaika-Mehrheit unter Führung der CDU scheitert derzeit an der Weigerung der Grünen. Solange sich die FDP einer Ampelkoalition verweigert, kann es gegen die CDU keine niedersächsische Regierungsbildung geben.

Auf den ersten Blick scheint die SPD mit ebenfalls insgesamt acht Regierungsbeteiligungen auf politischer Augenhöhe mit der CDU/CSU zu agieren. Sie stellt nur noch in sieben Bundesländern die stärkste Fraktion im Landesparlament, darunter auch das Berliner Ergebnis mit schwachen 21,6 Prozent. Bereits in vier Bundesländern ist sie allerdings nur noch

1 Stefan Reinecke: Ende des Merkelismus? Nein. In: taz vom 26.9.2017

2 Der Beitrag wurde vor den Landtagswahlen Niedersachsen abgeschlossen; lediglich deren Ergebnis konnte eingearbeitet werden.

auf Platz drei bzw. vier im Parteiensystem, mit Ergebnissen von deutlich unter 15 Prozent bei den Landtagswahlen. Ausgehend vom mitteldeutschen Raum zieht sich eine Zone strukturschwacher Landesverbände über Baden-Württemberg bis nach Bayern. In Niedersachsen hat sie durch ihren Wahlsieg einen Regierungsauftrag, aber in der bisherigen rot-grünen Konstellation keine parlamentarische Mehrheit.

Diese Verbindung von struktureller Schwäche und fehlender Bündnisfähigkeit links von der CDU führt die Sozialdemokratie in eine subalterne Stellung im Parteiensystem. Wer derart schwach in Flächenländern aufgestellt ist, darf sich nicht wundern, dass er bundesweit nicht mehr zur Führung eines alternativen politischen Blocks in der Lage ist. Die SPD steht heute auf Bundesebene vor dem endgültigen Absturz auf den Status einer Funktionspartei, während die CDU in fast allen politischen Farbkonstellationen koalitionsfähig ist. Auch an ihr geht die gesellschaftliche Schwächung der früheren Volksparteien nicht vorbei, aber sie kann diesen Verlust durch erhöhte Bündnisfähigkeit teilweise kompensieren, während die Sozialdemokratie ihre gesellschaftliche Schwächung durch fehlende Bündnisfähigkeit potenziert.

Verharrt man einen Augenblick bei den zwei ehemaligen Volksparteien, wird man feststellen müssen, dass selbst große Koalitionen nur noch über die gesellschaftliche Verankerung früherer kleiner Koalitionen verfügen. Berücksichtigt man ferner die teils schwachen Wahlbeteiligungen bei den Landtagswahlen, repräsentieren selbst Koalitionsregierungen nur mehr gesellschaftliche Minderheiten. Die darin sich spiegelnde grundsätzliche Labilität politischer Mehrheitsbildungen macht rasante Auf- und Abstiegsphasen politischer Formationen möglich; die medialen Hypes – wie aktuell um die „Neuerfindung“ der FDP unter Lindner – gewinnen an politischer Bedeutung. Möglich sind auf Länderebene sowohl Sechsparteienparlamente, als auch der Rückfall in parlamentarische Dreierkonstellationen mit knapp an der 5-Prozent-Hürde gescheiterten Parteien. Eine stärkere Pluralisierung heißt, dass wir uns auf komplizierte Koalitionsverhandlungen einstellen müssen, wenn lagerübergreifende Dreierkonstellationen

zur Regierungsbildung erforderlich werden. Denn selbst ein geführter Lagerwahlkampf garantiert keine Lagermehrheit im Parlament.

Um die Rolle der Funktionspartei Nummer 1 im deutschen Parteiensystem konkurrieren vor allem Grüne und FDP. Die Grünen sind in sieben Bundesländern an der Regierung beteiligt und regieren dabei in fünf verschiedenen Farbkonstellationen: schwarz-grün mit unterschiedlicher Regierungsführung in Hessen und Baden-Württemberg, Ampel in Rheinland-Pfalz, klassisch rot-grün nur noch in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, R2G in Berlin und Thüringen und in der Jamaika-Konstellation in Schleswig-Holstein. Allein die Pluralität dieser strategischen Optionen zeigt, dass die Grünen keineswegs mehr nur als Teil des Mitte-links-Spektrums agieren. Sie sind erfolgreich, wo sie die Modernisierung bürgerlicher Klassenfraktionen repräsentieren können, sie sind gefährdet, wo sie ein ausmobilisiertes Milieu darstellen, dessen politisches Gewicht von einer niedrigen Wahlbeteiligung abhängt. Lediglich in zwei Bundesländern sind sie parlamentarisch nicht vertreten, während die FDP in sieben Bundesländern nicht mehr repräsentiert ist. Allerdings hat der Lindner-Hype dazu geführt, dass die FDP wieder in drei Bundesländern mitregiert – bezeichnenderweise in drei verschiedenen Farbkonstellationen. Es ist eine offene Frage, ob der Wiedereinzug der FDP in den Bundestag auch zu einer regionalen Neuverankerung der Partei führen wird. In Niedersachsen verweigern sowohl FDP als auch Grüne mögliche Regierungsoptionen, indem sie als Lagerformation auftreten. Bleibt es dabei, wird es in Niedersachsen auf eine SPD-geführte Große Koalition hinauslaufen.

Die AfD ist nur noch in Bayern und Hessen parlamentarisch nicht vertreten, wo Landtagswahlen noch ausstehen. In Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern stellt die AfD die stärkste Oppositionspartei im Landesparlament dar, wobei die Landesverbände des Ostens den rechten Flügel der Bundespartei bilden. Hinsichtlich ihrer regionalen Struktur steht die AfD besser als die Linkspartei da. Die Funktion der AfD ist dabei (noch?) nicht der eines potentiellen Koali-

tionspartners (wie bereits der Rechtspopulismus in Nordeuropa)<sup>3</sup>, sondern der einer politischen Formation, die das politische Klima und die anderen Parteien nach rechts treibt. Das ist gerade in dem Feld der Migrations- und Flüchtlingspolitik erkennbar.

Die Linkspartei ist in sechs Bundesländern parlamentarisch nicht vertreten, steht also hinsichtlich der regionalen Repräsentation ähnlich schlecht da wie die FDP. Sie ist bei den vorangegangenen Landtagswahlen in fast allen westdeutschen Flächenländern unter der 5-Prozent-Hürde geblieben. Lediglich in Hessen und im Saarland, wo man an sehr spezifische linkssozialdemokratische Traditionen anknüpfen konnte, gelang der Einzug in Landesparlamente. Demgegenüber ist sie im Osten an zwei Länderregierungen beteiligt, in Thüringen als führende Regierungspartei. Im mitteldeutschen Raum erfüllt die Linkspartei, die gar keine sozialdemokratische Partei sein will, die sozialdemokratische Funktion im Parteiensystem so „perfekt“, dass die SPD-Landesverbände stark marginalisiert sind und R2G-Konstellationen an dieser Schwächung der SPD zu scheitern drohen.

Konstruiert man ein arithmetisches Mitte-Links-Lager aus SPD, Grünen und Linkspartei und betrachtet die Landtagswahlen zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2017, stellt man fest, dass dieses „Lager“ bei fast allen Wahlen schwächer geworden ist; eine Ausnahme stellen lediglich die Hamburger Senatswahlen 2016 dar. Gerade die Landtagswahlen 2016/17 waren von einer deutlichen Rechtsentwicklung gekennzeichnet. Hinzu kommt: Mitte-links ist eine arithmetische Konstruktion, aber existiert nicht als politisches Lager. In Abwandlung einer klassentheoretischen Bemerkung von Edward Thompson könnte man sagen, dass politische Lager nicht existieren, sondern „geschehen“ müssen. Ein solches Mitte-Links-Lager mit einer gemeinsamen Agenda in Aktion ist derzeit außerhalb des „politischen Geschehens“.

3 Matthias Wyssuwa: Gekommen um zu bleiben. Wie sich die Politik in Nord-europa durch rechtspopulistische Parteien verändert hat. In: FAZ vom 28.9.2017

## Bundestagswahlen 2018 – ein Überblick<sup>4</sup>

Das Ergebnis der Bundestagswahlen 2017 fügt sich in diesen Langzeittrend ein, den man allerdings nicht mit politischer Stabilität verwechseln sollte. Trotz deutlicher Verluste von zusammen über 8 Prozentpunkte dominiert die CDU/CSU nach wie vor das deutsche Parteiensystem. Das zeigt nicht nur ihr Erfolg bei den Wahlkreis-Kandidaturen: Die Union erringt 231 der 299 Direktmandate. CDU/CSU sind – bis auf Sachsen und Bremen – in allen Bundesländern auf der ersten Position im Parteiensystem. Man kann gespannt sein, ob und wie CDU/CSU den politischen Spagat einer Jamaika-Koalition meistern können, zumal die CSU auf eine weitere Rechtentwicklung der Partei zu drängen scheint, obwohl sie mit ihrem eigenen Rechtskurs zweistellige Stimmenverluste erzielt und das politische Framing der AfD im Grunde verstärkt hat. Anders formuliert: Im konservativen Lager gerät die flexible Bündnisfähigkeit Angela Merkels in Konflikt mit denjenigen in der Partei, die um ihre weitere gesellschaftliche Integrationsfähigkeit nach rechts und nach unten fürchten.

Von den Verlusten von CDU/CSU profitierten vor allem die FDP (1,36 Millionen) und die AfD (980.000). Auf der Basis der Sinus-Milieus<sup>5</sup>, die soziale Lage und Lebenswelt-Orientierungen zusammenführen, hat die Bertelsmann-Stiftung eine Analyse der Bundestagswahlen vorgelegt. Obwohl die CDU eine Partei der Mitte-Milieus bleibt, hat sie überdurchschnittliche Verluste in dem eher modernisierungsskeptischen Milieu der sog. Bürgerlichen Mitte zu verzeichnen; hier verliert sie vor allem an die AfD. Auch in anderen früheren Milieu-Hochburgen verliert sie deutlich, so dass ihr sozio-kulturelles Profil abgeschwächt wird.

4 Dieser Abschnitt beruht auf den Analysen von infratest dimap und der Bertelsmann-Stiftung: Bundestagswahl 24. September 2017. Ergebnisse und Schnellanalysen auf Basis der Kurzfassung des infratest-dimap-Berichts für die SPD; Robert Vehrkamp/Klaudia Wegschaider: Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017. [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD\\_Populaere\\_Wahlen\\_Bundestagswahl\\_2017\\_01.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Populaere_Wahlen_Bundestagswahl_2017_01.pdf) (Eingesehen am 08.10.2017). Siehe auch Horst Kahrs/Rosa Luxemburg Stiftung: Die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017 Wahlnachtbericht und erste Analyse. <http://www.horstkahrs.de/wp-content/uploads/2017/09/2017-09-25-Ka-WNB-BTW17.pdf>

5 Zu den Sinus-Milieus vgl.: Berthold Bodo Flaig/Jörg Meyer/Jörg Ueltzhöffer: Alltagsästhetik und politische Kultur. Bonn 1993, hier insbes. S. 51f

Die FDP hat in allen Bundesländern deutliche Gewinne zu verzeichnen, vor allem in NRW und Schleswig-Holstein, wo sie mit Lindner und Kubicki über profiliertes Spitzenpersonal verfügt. Sie fungiert als strategische Reserve des bürgerlichen Lagers, in dem sie die Verluste von CDU/CSU teilweise kompensiert. Das ist vor allem ein Ergebnis des von den Medien geförderten Lindner-Hypes, der der Partei einen neuen politischen Raum eröffnet hat. Dass dies möglich war, liegt auch an den politischen Ausnahmetalenten Lindners, der überall gleichzeitig aufzutreten schien. Er konnte damit vor allem die modernisierungsfreundlichen Milieufractionen der oberen Mittel- und Oberschicht ansprechen. „Die Liste Lindner“ hat dabei an das erfolgreiche Branding von Bodo Ramelow, Malu Dreyer und Winfried Kretschmann anknüpfen können. Dass es ihm gelungen ist, eine derart diskurspolitisch dominante Rolle in einem Bundestagswahlkampf zu spielen, zeigt die Schwäche des politischen Führungspersonals der ehemaligen Volksparteien SPD und CDU. So war das politische Rennen der kleinen Funktionsparteien das eigentlich spannende, weil offene Moment des Bundestagswahlkampfes.

### Der rechte Durchbruch der AfD

Neben der FDP ist vor allem die AfD der eigentliche Wahlgewinner. In den ostdeutschen Bundesländern insgesamt ist sie eine Großpartei, die deutlich stärker als die Linke oder SPD ist. In Sachsen ist sie mit 27 Prozent die stimmenstärkste Kraft, in den anderen neuen Bundesländern auf Platz zwei im regionalen Parteiensystem. Dies wird bundesweit den offen rechtsradikalen Flügel weiter verstärken, der in den ostdeutschen Landesverbänden die Partei dominiert und auch in der neuen Bundestagsfraktion prominent vertreten sein wird. Betreibt man politische Arithmetik und addiert die CDU und AfD-Potentiale in den neuen Bundesländern, kommen Ergebnisse zwischen 46,7 Prozent (Brandenburg) und 53,9 Prozent (Sachsen-Anhalt) zustande. Das sind heute keine ernsthaften politischen Optionen, zeigt aber doch, wie sehr die regionalen und lokalen politischen Kulturen im Osten von konservativen bis rechtsradikalen Stimmungen und ressentimentgeladenen Mentalitätsstrukturen geprägt sind.

Nach den Schnellanalysen von infratest dimap hat die AfD bei den Arbeitern und Arbeitslosen ein überdurchschnittliches Ergebnis (jeweils 21 Prozent) erzielt, ist aber auch in den anderen Berufsgruppen zweistellig. Sie ist vor allem im Bereich der mittleren Bildungsabschlüsse stark. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern hat die AfD mit 15 Prozent eine leicht überdurchschnittliche Unterstützung; bei den Gewerkschaftsmitgliedern im Osten liegt sie mit 22 Prozent gleichauf mit der Linkspartei<sup>6</sup>. Gerade in den berufstätigen Altersgruppen hat sie Zugewinne, und zwar insbesondere bei den Männern in der Altersgruppe 25 – 59 Jahren. Salopp formuliert: Die „angry white men“, die andernorts Trump ermöglicht haben, wohnen hierzulande in Ostdeutschland: Bei den Männern in Ostdeutschland ist die AfD mit 26 Prozent die stärkste Partei – 13 Prozentpunkte mehr als bei den Männern im Westen<sup>7</sup>. Die AfD hat über 3,8 Millionen Wähler im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl hinzu gewinnen können, dabei 1,2 Millionen früherer Nichtwähler. Die anderen Stimmen kamen von CDU (980.000), SPD (470.000), Linken (400.000) und sonstigen Parteien (690.000). 61 Prozent ihrer Wähler geben Protest als Wahlmotiv an, zugleich sind aber bei 76 Prozent die angebotenen Sachlösungen wichtig, während das Spitzenpersonal keine Rolle spielt. Im Vergleich zu den anderen Erfolgsgeschichten des europäischen Rechtspopulismus reüssiert die AfD auch ohne charismatische Führungsfigur à la Haider/Strache oder Marine Le Pen.

Verortet man die AfD auf der Landkarte der sozialen Milieus, erkennt man, dass der Rechtspopulismus ein soziales Mitte-Unten-Bündnis ist. Im Prekären Milieu der Unterschicht hat sie laut Bertelsmann-Stiftung mit 28 Prozent ihr bestes Ergebnis und ihre stärksten Zuwächse. Auch im Milieu der Bürgerlichen Mitte (20 Prozent AfD-Zustimmung) und im Traditionellen Milieu (16 Prozent), das Soziallagen der Unterklassen und der Mittelschichten umfasst, hat die AfD überdurchschnittliche Ergebnisse und Zu-

6 DGB. Bundestagswahl 2017. So haben GewerkschafterInnen gewählt. <http://www.dgb.de/+co++1aca2e9e-a209-11e7-99c0-525400e5a74a> (eingesehen am 25.9.2017)

7 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article169032071/Die-Sorgen-der-Maenner-im-Osten-Integriert-doch-erstmal-uns.html> (Eingesehen am 26.9.2017)

wächse. „Damit ist die AfD bei der Bundestagswahl 2017 von unten in die Mitte eingedrungen und hat sich dort als rechtspopulistische Protestpartei der sozial-kulturell Abgehängten und der sich sozial-kulturell bedrängt fühlenden Mitte etabliert“, resümieren Vehrkamp/Wegschaidler für die Bertelsmann-Stiftung<sup>8</sup>, und sie ziehen einen interessanten Vergleich zur Bundestagswahl 1998: „Das soziale Profil und Mobilisierungsmuster dieses `Schröder/Lafontaine-Effekts` ... ähnelt stark dem sozialen Profil und Mobilisierungsmuster des `AfD-Effekts` bei der Bundestagswahl 2017. In beiden Fällen führten Wahl- und Mobilisierungserfolge in den sozial benachteiligten Nichtwählermilieus zu einer spürbaren Verringerung der sozialen Spaltung der Wahlbeteiligung“.<sup>9</sup>

Das Thema Flüchtlingspolitik konnte den Bundestagswahlkampf vor allem deshalb dominieren, weil es sich als ideale Projektionsfläche eignet, um es mit anderen Problemfeldern – von innerer Sicherheit bis sozialer Gerechtigkeit – zu verbinden. Aber es steht auch für das brüchig Werden klarer Grenzziehungen. In der globalisierten Gesellschaft lösen sich die Trennungen von Außen- und Innenpolitik auf, und das Versprechen des Rechtspopulismus zielt auf die „Wiederherstellung der Vergangenheit als Zukunftsprogramm“, auf eine imaginierte alte Ordnung, in der es „uns“ (verstanden als ethnisch homogenes Wir) noch gut zu gehen schien. In die gleiche Richtung weist der AfD-Wahlkampfslogan „Hol Dir Dein Land zurück“. In ihn lassen sich alle Verlustängste projizieren. Es ist das Angebot einer großen Erzählung, mit dem sich viele identifizieren können, die jene Qualifikationen und Lebensentwürfe als an den Rand gedrängt wahrnehmen, die früher als Normalbiographie noch den gesellschaftlichen Respekt der Mehrheit erheischten. Und jeder kann diesen Slogan durch eigene Lebensgeschichten und Entwertungserfahrungen beglaubigen – das macht die Parole gerade in den neuen Bundesländern wirksam.

Der Aufstieg der AfD steht für eine neue kulturalistische Spaltungslinie im Parteiensystem, die Wolfgang Merkel als Konflikt zwischen Kos-

mopoliten und Kommunitaristen kennzeichnet. Sie liegt quer zu den sozialökonomischen Spaltungslinien von Kapital und Arbeit und umfasst jeweils mehrere Milieus. Die Kosmopoliten gehören zu den Gewinnern der Globalisierung. Es gibt einen tiefen Riss zwischen den hegemonialen Leitbildern einer europäisierten Lebensweise und dem Leben jener Milieus, die Wolfgang Merkel als Kommunitaristen bezeichnet: „Sie sind für eine stärkere Schließung von Grenzen sowohl bezüglich wirtschaftlicher Transaktionen als auch gegen Migranten und Flüchtlinge. Sie sind gegen die Abgabe von nationalstaatlichen Kompetenzen. Sozialstrukturell sind sie eher die Verlierer der Globalisierung. Ihr Human- und Kulturkapital ist stark auf lokale Kontexte angewiesen, das heißt, sie finden sich im Ausland schwerer zurecht und Jobs auch nur im nationalen Raum“<sup>10</sup>. Die Studie der Bertelsmann-Stiftung verortet zwei Drittel der AfD-Wähler in diesem Lager, das sie allerdings als Modernisierungsskeptiker bezeichnen. Berücksichtigt man die spezifische Milieustruktur in den neuen Bundesländern und die vielfachen Entwertungserfahrungen nach 1989, findet man darin auch eine Erklärung für den überdurchschnittlichen AfD-Wahlerfolg im Osten.

### Es gibt keine „Mehrheit links von der CDU“

Eine Mehrheit links von der CDU gibt es nicht; Mitte-links insgesamt ist um etwa 4 Prozentpunkte schwächer geworden. Wenn es im Rahmen der Koalitionsbildung schwarz-gelb gelingt, die Grünen in eine neue Regierungsbildung einzubinden, werden sich SPD und Linkspartei auf eine lange Phase politischer Subalternität einstellen dürfen. Die Grünen gehen mit marginalen Gewinnen aus den Wahlen hervor, wobei sie im Osten zumeist unterhalb der 5 Prozent-Hürde bleiben. Ihre Gewinne haben sie vor allem in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg zu verzeichnen; sie sind vor allem in Milieus der oberen Mittelschicht und der Oberschicht verankert. Der Block erneuerter Bürgerlichkeit wird jedenfalls eher an der CSU – und ihren strategischen Interessen vor der Bayern-Wahl – als an den Grünen scheitern.

<sup>8</sup> Vehrkamp/Wegschaidler: a.a.O. S. 60

<sup>9</sup> Ebd. S. 11

<sup>10</sup> „Die AfD wird bleiben“. Interview mit Wolfgang Merkel, In: taz vom 22.9.2017 <http://www.taz.de/!5449018/> (eingesehen am 8.10.2017)

Die Linkspartei hat ihr Ziel eines zweistelligen Wahlergebnisses nicht erreicht, aber das zweitbeste Ergebnis ihrer Parteigeschichte erzielt, was sie vor allem Zugewinnen im Westen verdankt. Sie liegt – und das ist vor dem Hintergrund ihrer oben skizzierten fehlenden Verankerung in der Landespolitik der alten Bundesländer beachtlich – auch im Westen deutlich über 5 Prozent, wo sie vor allem frühere sozialdemokratische Wähler gewinnt. Ob die Linkspartei damit wirklich schon den Status einer bundesweiten politischen Formation erreicht hat – wie von ihr jetzt zum wiederholten Mal kommuniziert – und ihr die Wähler im Westen auch auf Landesebene einen politischen Gebrauchswert zuschreiben, bleibt abzuwarten; bei der Niedersachsen-Wahl ist sie jedenfalls erneut an der 5 Prozent-Hürde gescheitert. Im Osten hingegen hat die Linkspartei deutliche Einbußen erlitten und liegt in allen neuen Bundesländern deutlich unter 20 Prozent.

Bei Arbeitslosen und Arbeitern liegt sie bei 11 bzw. 10 Prozent, wobei ihr Anteil bei den Arbeitslosen deutlich zurückgeht. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern im Westen liegt die Linkspartei mit 11 Prozent noch weit hinter der SPD (31 Prozent), CDU (24 Prozent) und selbst der AfD (14 Prozent); im Osten liegt sie bei den Gewerkschaftsmitgliedern vor der Sozialdemokratie. In der Wanderungsbilanz gewinnt sie 430.000 Stimmen von der SPD, 170.000 von den Grünen und 270.000 von den früheren Nichtwählern. Aber nur ein sehr kleiner Teil früherer sozialdemokratischer Wähler (der Gesamtverlust der SPD liegt bei etwas über 1,7 Mio.) geht nach links. Von der tiefen Krise der Sozialdemokratie wie auch von der Rechtsentwicklung der Grünen profitiert die Linkspartei eher unterdurchschnittlich. Nach wie vor geben 39 Prozent der Linkspartei-Wähler Enttäuschung über andere Parteien als Wahlmotiv an.

Die Linkspartei gewinnt bei jüngeren Wählern und Höhergebildeten leicht dazu. Sie ist eine Partei, deren Wählermehrheit mit 62 Prozent mittlerweile kosmopolitisch ausgerichtet ist. Die Linkspartei wird westlicher, urbaner und akademischer – und damit sozialstrukturell den Grünen in ihrer Gründungsphase immer ähnlicher. Ob das der Alltagstauglichkeit ihrer Politik und ihrer Kommunikationsfähigkeit in breiteren Ge-

sellschaftsschichten im Osten zu Gute kommt, darf bezweifelt werden. Denn hier verliert sie vor allem in den traditionellen und prekären Milieus sowie der gefährdeten Mittelschicht. 400.000 Wähler wandern zur AfD. Damit geht jeder zehnte ehemalige Linkspartei-Wähler nach rechts! Im Prekären Milieu hat sie mit 6 Prozent am meisten verloren – die AfD ist in diesem Milieusegment bereits die stärkste Partei. Die politische Bindung sozialer Unterklassen und auch ihrer modernisierungsskeptischen Fraktionen ist eine strategische Schlüsselfrage der gesamten Linken; dass darüber in der Linkspartei nur in alten innerparteilichen Freund-Feind-Logiken diskutiert werden kann, ist bezeichnend für die Diskussionskultur in dieser Partei.

In den von der Linkspartei mitregierten Bundesländern Brandenburg und Thüringen muss sie überdurchschnittliche Verluste verzeichnen. Im R2G regierten Thüringen haben die drei Mitte-links-Parteien ein Gesamtpotential von 34,2 Prozent mobilisieren können. Die Thüringer Linkspartei verzeichnet dabei mit 6,6 Prozent die größten Verluste. Das unterstreicht die derzeit geringe gesellschaftliche Ausstrahlungsfähigkeit einer R2G-Konstellation.

### Die SPD kann nicht Sanders

Die SPD hat ihr historisch schlechtestes Ergebnis bei Bundestagswahlen erlangt. Zwar kann sie von der erhöhten Wahlbeteiligung profitieren, aber sie verliert in der Wanderungsbilanz in alle Richtungen. 470.000 Wähler gehen zur AfD, 450.000 zur FDP, 430.000 zur Linken, 380.000 zu den Grünen. In allen Alters-, Bildungs- und Berufsgruppen fällt sie zurück. Sie ist eine Partei, die den Kontakt zur sozialen Mitte der Gesellschaft verloren zu haben scheint. Zwar lassen sich noch Reste früherer Verankerung in der unteren Mittelschicht und Unterschicht erkennen, aber ein klar konturiertes Stammwählerpotential ist nicht mehr zu identifizieren. In keinem Bundesland liegt sie über 30 Prozent, in acht Bundesländern hingegen bereits unter der 20-Prozent-Marke: im gesamten Osten, Berlin, Baden-Württemberg und Bayern. Wenn die Süddeutsche Zeitung in einer Regionalanalyse die SPD-Hochburgen in einem Korridor zwischen 26,6 und 37,8 Prozent verortet und von „verwelkenden SPD-Landschaften“

spricht, sagt dies einiges über eine mehr als brüchige gesellschaftliche Verankerung, zumal ja hier das Nichtwählerpotential nicht eingerechnet ist.<sup>11</sup> Auch in den SPD-regierten Bundesländern kann die Partei keinen regionalen Amtsbonus geltend machen, ist sie auch mit dem möglichen Thema soziales Gegengewicht zur Merkel-Republik nicht mobilisierungsfähig.

Nach der Inthronisation von Martin Schulz als Kanzlerkandidat strömten zehntausende Mitglieder in die Partei und die Umfragewerte stiegen. Doch der politische Moment, in dem Martin Schulz als demokratische Alternative in einer Zeit des weltweiten Aufstiegs des Populismus hätte agieren können, wurde rasch verspielt. Ich stimme Peter Brandt und Antje Vollmer zu, wenn sie schreiben: „Innerhalb der SPD gab es zwar einen kurzen kostbaren Moment lang die Illusion einer veränderten Lage, sie beruhte jedoch auf einem Missverständnis: Die Euphorie bei der Ausrufung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten war leichtfertig als lang ersehnte Übereinstimmung mit der Politik der SPD gedeutet worden – sie war aber als Aufforderung gemeint. Viele Menschen wollten wirklich, dass es „ganz anders“ wird. Sie wollten einen „deutschen“ Bernie Sanders. Es war das Aufflackern einer Hoffnung, die ewige große Koalition könnte endlich ein Ende haben.“<sup>12</sup>

Die an Martin Schulz geknüpften Wunderheiler-Hoffnungen, die teils jeden wahlsoziologischen Verstand der Partei vermissen ließen, brachen in einer Kette von Wahlniederlagen schnell zusammen. „Kann man einen Wahlkampf noch weniger professionell führen, als die SPD das getan hat?, fragt Bettina Gaus und fährt fort: „Es gibt einige Themen, von denen Martin Schulz wirklich etwas versteht. Von Europa beispielsweise. Und was geschah? Der SPD-Kanzlerkandidat hat sich als ehemaliger Bürgermeister der nordrhein-westfälischen Stadt Würselen präsentiert“<sup>13</sup>. Nach

den Landtagswahlen im Saarland wurde die schüchterne Option auf R2G schnell wieder beendet, nach den Wahlerfolgen der FDP in Schleswig-Holstein und NRW Wunschphantasien eines neuen sozialliberalen Bündnisses artikuliert, die nur den Lindner-Hype mitbefördert haben. Selten ist ein Wahlkampf mit so wenig Hoffnung auf Aufbruch geführt worden. In der Kernphase des Wahlkampfs verfügte die SPD über keinerlei realistische und glaubhaft zu vermittelnde Machtoption, das Fernsehduell zwischen Schulz und Merkel wurde von Medien und Bevölkerung als großkoalitionäres Gebalze bewertet. Der Gipfel war dann der gefeierte Auftritt des Ex-Kanzlers Gerhard Schröder auf dem Parteitag, der nur als eindeutiges Signal begriffen werden konnte, dass die SPD vielleicht zu halbherzigen „Nachjustierungen“, aber nicht zu einer selbstkritischen Korrektur des Hartz-Regimes bereit ist. Eine solche Selbstinszenierung hat selbst die in der Großen Koalition durch die SPD durchgesetzten Erfolge unkenntlich gemacht und in den Hintergrund gedrängt.

### **Aufbruch oder letztes Aufgebot? Stühlerücken oder Erneuerung?**

Die SPD ist heute eine Partei ohne programmatische Identität. Es gibt inzwischen kaum ein Politikfeld, das als eindeutiges Mobilisierungsthema in Abgrenzung zu den politischen Mitbewerbern taugt. Denn überall wurde die Glaubwürdigkeit der Partei durch die eigene Politik (und hier vor allem in der rot-grünen Ära) schwer beschädigt. Wer über eine armutsfeste Alterssicherung reden will, kann nicht über Hartz-IV und die mitbetriebene Deregulierung des Arbeitsmarkts schweigen. Wer Friedenspolitik machen will, darf nicht nur das Nein zum Irakkrieg hochhalten, sondern muss sich auch einer kritischen Bilanz der unterstützten Militäreinsätze oder der eigenen Waffenexportpolitik stellen. Vor allem fehlt der Sozialdemokratie in ihrer Wirtschaftspolitik eine eigenständige strategische Definition des Staates (und der europäischen Institutionen), die sie vom Exportweltmeister-Nationalismus der Konservativen unterscheidbar macht und Voraussetzung einer glaubwürdigen Europapolitik des solidarischen Ausgleichs wäre.

11 Daria Widmann u.a.: Von AfD-Hochburgen und welkenden SPD-Landschaften. SZ vom 25.9.2017 <http://www.sueddeutsche.de/politik/bundestagswahl-von-afd-hochburgen-und-welkenden-spd-landschaften-1.3653498> (eingesehen am 3.10.2017)

12 Antje Vollmer/Peter Brandt: Raus aus der Gefangenschaft der Merkel-Politik. In Tagesspiegel vom 5.6.2017 <http://www.tagesspiegel.de/politik/bundestagswahl-raus-aus-der-gefangenschaft-der-merkel-politik/19893354.html> (Eingesehen am 26.9.2017)

13 Bettina Gaus: Lernfähigkeit ist nicht allen gegeben. In: taz vom 23./24. September 2017

Die Absage an eine erneute Koalition mit der CDU ist ein winziger Fortschritt. Im Unterschied zu vergangenen Wahl Niederlagen, die die Partei wahlpolitisch bereits in die Zeit der vorletzten Jahrhundertwende zurückgeworfen hatten, ohne dass es zu einer politischen Verantwortungsübernahme gekommen wäre (die Verantwortlichen haben Namen und Adresse und werden noch heute auf Parteitag gefeiert) ist dies zumindest eine bescheidene politische Minimalreaktion der Selbsterhaltung. Niemand repräsentierte das programmatische Nichts der Marktsozialdemokratie so perfekt wie Thomas Oppermann. Daher ist die Übernahme des Fraktionsvorsitzes durch Andrea Nahles, die sich um eine erneute Regulierung der Arbeitsverhältnisse bemüht hat, in der Tat ein kleines Signal. Ob er zum Beginn eines wirklichen Neuanfangs wird oder es bei einem Stühlerücken innerhalb der Parteilite bleibt, ist eine offene Frage. Denn ein wirklicher Neuanfang hätte sich vor allem in einer grundsätzlichen Re-Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen niederschlagen.

### Die SPD und die europäische Krise der Sozialdemokratie

In der letzten spw wurden die Entwicklungswege der europäischen Sozialdemokratie analysiert und die Optionen mit Marginalisierung, Aufgehen in einem Zentrumsblock, prekäre Stabilität, Rekonstruktion als übergreifende Partei der Linken und Erneuerung im Rahmen eines progressiven Blocks beschrieben<sup>14</sup>. In dem föderalistischen System der Bundesrepublik sind auch parallele Entwicklungspfade denkbar. In Teilen unseres Landes ist die SPD bereits marginalisiert, und – wie im mitteldeutschen Raum – die sozialdemokratische Funktion im Parteiensystem auf die Linkspartei übergegangen. Das Aufgehen in einem neuen Zentrumsblock ist möglich, aber wäre ein Ende der politischen Verselbständigung als Arbeiterbewegung und insofern auch ein Ende des sozialdemokratischen Projekts. Für eine Erneuerung als übergreifende Partei der Linken, wie es die Labour Party unter Jeremy Corbyn versucht, fehlen in Deutschland derzeit alle Voraussetzungen. Das britische Mehrheitswahlrecht

sammelt die Linke in der Labour Party statt sie mosaiklinks zu zersplittern. Die traditionell starke Verzahnung mit den Gewerkschaften sorgt für einen stärkeren Klassenbezug von Labour – und hat auch der Parteilinken selbst in den schlimmsten Blair-Jahren politische Operationsbasen gesichert. Auch fehlt der SPD-Linken eine charismatische und durch widerständiges Handeln (auch gegenüber den Parteiliten) authentische Führungsfigur à la Corbyn, die man auf Popfestivals feiern könnte. Am wahrscheinlichsten ist m.E. eine längere Stagnationsphase im Zustand prekärer Stabilität, in der die SPD nur noch als Mittelpartei fungiert, wobei – gestützt durch das föderale System – sowohl regionale Stärke als auch Marginalisierung gleichzeitig auftreten können.

Erneuerungsschübe in der Geschichte der Sozialdemokratie waren immer erst dann möglich, wenn sich reformbereite Fraktionen der Parteilite mit Neumitgliederwellen verbanden, so dass Bewegung entstehen konnte. Die SPD ist heute eine programmatisch und personell ausgezehrt Partei, die ihre Sonden in die soziale Wirklichkeit und die soziale Repräsentativität ihrer Mitgliedschaft weitgehend verloren hat. Die Partei hat heute über 300.000 Mitglieder weniger als um die Jahrtausendwende. Auch der Wählerzuspruch hat sich halbiert: von über 20 Millionen Wählern bei der Bundestagswahl 1998 über 11,2 Millionen bei der 2013-Wahl auf jetzt nur noch 9,5 Millionen Stimmen. Auf der politischen Akteursebene schlägt bis in die kommunalen Parlamente und Untergliederungen der Partei eine Vermittelschichtung durch. Damit bleiben bestimmte soziale Erfahrungen, die früher den Kern des sozialdemokratischen Projekts ausmachten, heute außerhalb des politischen Raums. Die Sozialdemokratie hat dadurch jene „Kiezgrößen“ der Demokratie verloren, die als vor Ort verankerte Alltagsmultiplikatoren nach unten kommunikationsfähig waren. Die Rekrutierung des politischen Personals ist zunehmend selbstreferentiell geworden, wie eine Analyse der politischen Neulinge in der Bundestagsfraktion zeigt<sup>15</sup>: Sie kommen aus Wahlkreis- und Abgeordnetenbüros, aus den Parteiapparaten und den höheren Sphären des Öffentlichen Dienstes. Sie

<sup>14</sup> Kai Burmeister/Uwe Kremer/Thilo Scholle/Stefan Stache: Europäische Sozialdemokratie zwischen Krise und Erneuerung. In: spw 4/2017 S. 13 ff.

<sup>15</sup> Gunnar Hinck: Vom Büro ins Parlament. In taz vom 4.9.2017 <http://www.taz.de/!5441589/> (eingesehen am 27.9.2017)

lassen – ob ihrer materiellen Abhängigkeit – jede kritische Unabhängigkeit zur jeweiligen Parteilinie vermissen und kommunizieren im Stil eines Aktenvermerks. Die Sozialdemokratie hat sich so einen Funktionärskörper geschaffen, dem jene Wut und Leidenschaft, die nur von unten kommen kann, abhanden gekommen ist. Und das ist keineswegs nur ein Symptom bei der traditionell staatsfixierten Parteirechten. Seit dem Tod von Hermann Scheer verfügt die SPD-Linke über kein öffentliches Gesicht, das fachpolitische Kompetenz, Diskursfähigkeit und gesellschaftliche Bündnisfähigkeit verbinden könnte.

Das Team Corbyn hat zu einer massiven Revitalisierung der Parteiöffentlichkeit und einer auch von außen gestützten Basisbewegung geführt. Die sozialdemokratische Parteiöffentlichkeit hierzulande ist hingegen postdemokratisch ausgehöhlt und von einem „sozialdemokratischen Staatsadel“ (Magnus Marsdal) okkupiert, der die Diskussionen von oben mit feudalen Deals steuert, während aus den Bezirken keinerlei eigenständige, gar widerständige und im Konflikt mit der Parteiführung durchgesetzte Positionierungen kommen. Auch der Wechsel von Sigmar Gabriel zu Martin Schulz erinnerte an eine monarchische Amtsübergabe, die im Nachhinein von den demokratischen Gremien dann nur noch formell abgesegnet wurde. Die sozialdemokratische Basis und der mittlere Funktionärskörper sind so ermattet, dass aus keiner der gravierenden Wahlniederlagen der letzten Jahre Konsequenzen gezogen wurden, sondern eine verselbstständigte Partielite gewissermaßen sanktionslos die Partei ständig weiter an die Wand fahren konnte.

Die sehr unterschiedlichen Bewegungen von Bernie Sanders in den USA, des Linkspopulismus von Podemos, der Erneuerung von Labour und des neuen französischen Zentrumsblocks „La République en marche“ weisen eine Gemeinsamkeit auf, die sie von der deutschen Sozialdemokratie massiv unterscheiden. Sie haben auf unterschiedliche Art und Weise das demokratische Potential ihrer Gesellschaften wachgeküsst, das von den jeweiligen Partieliten von Clinton bis Hollande ignoriert und nicht mobilisiert werden konnte. Damit haben sie das ehrenamtliche und anti-elitäre Moment der Politik wieder stark gemacht. Nur durch eine solche demokratische Selbster-

mächtigung von unten jenseits der Elitenkartelle lässt sich übrigens auch der autoritären Revolte von rechts begegnen. Der sozialdemokratische deutsche Michel scheint die Erneuerungssignale allerdings nicht wahrzunehmen.

Die Debatten der Gesellschaft werden heute nicht mehr in und mit der Sozialdemokratie ausgetragen. Und dazu hat auch die Parteilinke beigetragen, deren ständige Kompromisspolitik in den Hinterzimmern der Berliner Republik mit dazu geführt hat, dass man sie selbst nicht als Kristallisationskern gesellschaftlicher Bewegung wahrnehmen kann. „Die SPD-Linke ist, abgesehen von ein paar tapferen Einzelkämpfern, zur leeren Hülle geworden, ein verwitterter Markenname.“<sup>16</sup> Zieht man diesen Zustand der programmatischen Entkernung und personellen Erschöpfung der deutschen Sozialdemokratie bei gleichzeitiger Verselbständigung ihrer Partieliten in Betracht, erinnert sie in ihrer derzeitigen prekären Stabilität mehr an die untergegangenen Parteiformationen der europäischen Sozialdemokratie, wie die PS in Frankreich, als an die revitalisierte Labour Party. Darüber sollte man sich auch nicht durch regionale Erfolge wie jetzt in Niedersachsen hinwegtäuschen lassen.

Das soll kein vorschneller Abgesang auf die Sozialdemokratie sein, denn ohne ihre Erneuerung wird es auf lange Zeit keine mehrheitsfähige Mitte-links-Konstellation geben. Aber jeder Versuch der Erneuerung wird scheitern, wenn er nicht die beschriebenen Veränderungen in Rechnung stellt, die einem Aufbruch massiv entgegenstehen.

### What´s left?: SPD und Linkspartei

R2G hat derzeit keine gesellschaftliche Mehrheit. Sie ist eine Machtoption, deren Voraussetzungen bei der Bundestagswahl nicht vorhanden waren, sondern erst geschaffen werden müssen, aber sie selbst ist noch keine politische Strategie. Als etatistisches Projekt ist es ohnehin zum Scheitern verurteilt. Es bedarf einer offenen und parteiübergreifenden Debatte, warum die gesellschaftliche Rechtsentwicklung seit den letzten Bundestagswahlen nicht verhindert werden

<sup>16</sup> Stefan Reinecke: Diszipliniert ins Abseits. In: taz vom 12.10.2017

konnte, und die gesamte Linke die Stimmungen in diesem Land nicht einzuschätzen weiß. Auf vielen Politikfeldern ist auch die Linke denkfaul geworden. Das betrifft vor allem die außen- und europapolitischen Kontexte der Politik. Anstatt die globalen Veränderungen verstehen zu wollen, hantiert man lieber mit Versatzstücken aus den 1970er und 1980er Jahren. Nötig wäre in der Tat eine Weltinnenpolitik des solidarischen Ausgleichs und die Utopie einer demokratischen Lebensweise, die gerade deshalb global verallgemeinerbar sein muss. Oder wie es Mathias Greffrath formuliert: „Entweder wir teilen, oder wir müssen irgendwann die Grenzen militärisch verteidigen – die Kosten dürften in beiden Fällen hoch sein, und ein paar hundert Milliarden Reichensteuer reichen dafür nicht aus“<sup>17</sup>. In dem zu Unrecht in Vergessenheit geratenen Berliner Grundsatzprogramm der SPD finden sich übrigens – so viel nostalgischer Rückblick darf sein – nach wie vor wichtige programmatische Leitlinien einer solchen Politik: von der außenpolitischen Ordnungsphilosophie gemeinsamer Sicherheit, über eine neue Politik der Arbeit bis hin zu den Zielsetzungen ökologisch und sozial verantwortlichen Wirtschaftens. Aber sie müssten in die heutigen global vernetzten, gesellschaftlichen Verhältnisse und vor allem in konkrete Zwischenschritte eines neuen europäischen Reformismus übersetzt werden. Ob die Sozialdemokratie und die Linke insgesamt zu dieser intellektuellen und praktisch-politischen Kraftanstrengung in der Lage sind, wird sich zeigen müssen.

Auch für die Linkspartei stellt sich die Frage politischer Bündnisfähigkeit im pluralisierten Parteiensystem und damit eine Kardinalfrage politischer Strategiebildung: Arbeitet die Partei mit „sozialdemokratischer Methode“ an einer Linksverschiebung des Alltagsverstands und lässt sich dabei auch auf gesellschaftliche Kompromisse ein? Oder will man als „linksradikaler Bund der (Selbst-)Gerechten“<sup>18</sup> auf den revolutionären Moment der Erlösung warten, den man mit dauerhafter Anklage (und vor allem der Entlarvung

sozialdemokratischer Halbheiten) vorzubereiten gedenkt? Gern würde die Linkspartei mit einer Sozialdemokratie à la Corbyn koalieren, heißt es. Das ist salopp formuliert das Angebot, mit sich selber zu koalieren. Wäre die SPD eine Corbyn-Sozialdemokratie, würde die Linkspartei bald nicht mehr existieren. Das ist ein strategisches Paradoxon: Jeder Erneuerungsschritt der SPD nach links weitet das Feld der Gemeinsamkeit einer möglichen R2G-Konstellation aus, begrenzt aber zugleich den politischen Wirkungsraum der Linkspartei. Je stärker die inhaltliche Polarisierung zwischen SPD und CDU wird, umso kleiner wird das Aktionsfeld der Linkspartei.

Eins ist jedenfalls offensichtlich: Die gesellschaftliche Linke kann in diesem Land nur mehrheitsfähig werden, wenn sie durch ihre Projekte die in den unterschiedlichen sozialen Milieus präsenten Gerechtigkeitserwartungen aufgreift und in einem Mitte-Unten-Bündnis verbinden kann. Diese Alltagsvorstellungen, dass es gerecht zugehen soll, existieren in einer eher diffusen Form, sind mit unterschiedlichen kulturellen Orientierungen verbunden und von diesen überlagert.<sup>19</sup> Ob sie überhaupt wahlentscheidend werden, ist eine Frage der kollektiven Ansprache; soziale Bündnisse und politische Lagerbildung gehören zusammen. Es ist die Kunst politischer Lagerbildung, soziale Bündnisse zu schließen, in dem das Gemeinsame zwischen ihnen artikuliert wird.

Betrachtet man die deutsche Nachkriegsentwicklung, verfügte die Linke in der Frühphase der sozialliberalen Koalition über die größten Bindungskräfte. Je mosaiklinker sie wurde, umso schwächer wurden ihre politischen Fähigkeiten zur reformpolitischen Integration unterschiedlicher Milieus. Ob es nach dieser Bundestagswahl noch einmal zu einer langfristigen Revitalisierung alter Politikkonstellationen kommen wird oder sie sich als Weichenstellung erweist, in deren Folge, sich die Lager rechts wie links komplett umgruppieren, ist eine offene Frage. ■

17 Mathias Greffrath Rückkehr nach Godesberg. In: taz vom 27.9.2017

18 Mit dieser Unterscheidung geht es mir nicht um die Kennzeichnung dezidiert politischer Strömungen in der Linkspartei, sondern um die Kennzeichnung unterschiedlicher Grundhaltungen innerhalb der gesellschaftlichen Linken.

19 Vgl. hierzu die Texte von Michael Vester: Der Kampf um soziale Gerechtigkeit. Der Rechtspopulismus und die Potentiale politischer Mobilisierung. [http://www.spw.de/data/michael\\_vester.pdf](http://www.spw.de/data/michael_vester.pdf) (Eingesehen am 5.10.2017) und Max Reinhardt, Stefan Stache, Kai Burmester: Zurückgefallen hinter eine erstarkte neue Rechte. Die SPD in der doppelten Krise der Repräsentation. In: Sozialismus 6/2016, S. 27 ff.